

## INTERGLOBAL

Sie werden alles teuer bezahlen":  
Der italienische Innenminister  
Matteo Salvini auf dem Staatsakt für  
die Getöteten des Brückeneinsturzes  
in Genua Mitte August.



FOTO: EPA-EFE/SIMONE ARVEDA

ITALIEN

# Salvini gegen alle

Federica Matteoni

**Im Umgang mit Flüchtlingen und dem Einsturz einer Brücke in Genua setzt der italienische Innenminister auf Lügen und gezielte Provokationen gegen die EU. Das alles schadet seinem Ansehen nicht.**

Eine richtige Sommerpause war der August für die italienische Politik nicht. Nur für einige Tage geriet das Dauerthema Flüchtlinge ein wenig in den Hintergrund, als am 14. August eine Autobahnbrücke in Genua einstürzte und 43 Menschen starben.

Die Todesopfer waren noch nicht gezählt, da konnte der stellvertretende Ministerpräsident, Innenminister und Lega-Vorsitzende Matteo Salvini schon einen Schuldigen benennen. Ähnlich wie in der Debatte über die Flüchtlinge machte er für die Katastrophe zunächst die EU verantwortlich: Deren Sparvorgaben seien der Grund für die mangelnde Instandhaltung der Brücke. „Immer muss man um Erlaubnis fragen, um Geld auszugeben“, beschwerte er sich, doch die Sicherheit der Italiener gehe vor EU-Defizitregeln; von nun an werde man diese als zweitrangig betrachten.

Der Umgang mit der Brückenkatastrophe ist ein Paradebeispiel dafür, wie der Populismus der italienischen Regierungskoalition funktioniert: die durch ein dramatisches Ereignis emotional aufgewühlte Öffentlichkeit erst einmal mit halben oder ganzen Unwahrheiten füttern, schnellstmöglich einen erkennbaren Feind ausmachen, den es zu bekämpfen gilt, um sich dann schließlich mit markigen

Sprüchen - „Sie werden alles bezahlen, teuer bezahlen“ - als Retter der bedrohten Volksgemeinschaft zu inszenieren.

**„Der Umgang mit der Brückenkatastrophe ist ein Paradebeispiel dafür, wie der Populismus der italienischen Regierungskoalition funktioniert.“**

Ist dieses Deutungsmuster erst einmal etabliert, spielen Fakten überhaupt keine Rolle mehr. Und so brauchte Salvini sich keine Sorgen darüber zu machen, dass seine Aussagen nur wenige Stunden später von Vertretern der EU zurückgewiesen wurden, und nicht einmal darüber, dass sie sich schlicht als falsch herausstellten. So stellte ein Sprecher der Kommission klar, dass neben 2,5 Milliarden Euro aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für die Haushaltsperiode zwischen 2014 und 2020 die Kommission 2017 einen Investitionsplan für Italiens Autobahnen in Höhe von 8,5 Milliarden Euro genehmigt habe. Der Kommissionssprecher betonte auch, dass die EU-Defizitregeln den Mitgliedern der Eurozone genügend Spielraum ließen, um ihre eigenen Prioritäten festzulegen.

Noch immer gibt es nur Hypothesen über die Ursachen der Katastrophe. Eine Vielzahl von Faktoren

könnte zum Einsturz der Brücke beigetragen haben - etwa statische Mängel, die fortgeschrittene Korrosion des Materials und die starke Verkehrsüberlastung. Aber der nächste Feind ist bereits gefunden: die private Betreibergesellschaft „Autostrade per l'Italia“, die zum Konzern Atlantia gehört, dessen Hauptaktionär die Familie Benetton ist. An diesem Punkt könnten sich nun erste Risse in der Populistenkoalition aus der rechten Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) zeigen. Der Verkehrsminister Danilo Toninelli (M5S) möchte der Atlantia-Gruppe die Konzession entziehen, sie aber für den Neubau der Brücke, den der Staat übernehmen soll, bezahlen lassen. Die Lega, die alles andere als ein Freund staatlicher Lösungen ist, zeigt sich skeptisch.

Dass die Enthüllung offensichtlicher Lügen Salvinis Popularität eher steigert, mag paradox erscheinen, aber das gezielte Verbreiten von Unwahrheiten, sowie die wiederholten Provokationen gegen die EU haben schon für Berlusconi funktioniert.

Auch beim Thema Flüchtlinge schadet Salvini nichts - weder das empathielose Getöse gegen Geflüchtete und Migranten noch die ständige Polemik gegen andere EU-Mitgliedstaaten und auch nicht, dass die italienische Justiz gegen ihn ermittelt. Die sizilianische Staatsanwaltschaft wirft dem Innenminister vor, 177 Flüchtlinge fünf Tage lang auf einem Schiff der italienischen Küstenwache, und also de facto auf italienischem Staatsgebiet, unrechtmäßig

festgehalten zu haben (siehe unseren Artikel zur EU-Flüchtlingspolitik): Freiheitsberaubung, Amtsmissbrauch und illegale Festnahme wären die Straftatbestände.

Der italienische Innenminister jedoch sieht die Ermittlungen gegen ihn als „Ehrenmedaille“, und weiß, dass auch seine Koalition hinter ihm steht. Es war Arbeitsminister Luigi Di Maio, ebenfalls stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des M5S, der mit einem Veto gegen den kommenden siebenjährigen Haushaltsplan der EU drohte, sollte die Union nicht mehr tun, um die Lasten der Einwanderung besser zu verteilen.

Die Flüchtlingspolitik eignet sich gerade gut als Ablenkungsmanöver. Die finanzielle Lage des Landes ist katastrophal. In den kommenden Wochen will Ministerpräsident Giuseppe Conte seinen ersten Haushaltsentwurf vorlegen, im Oktober soll dieser dann beschlossen werden. Die Staatsschulden betragen über 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, nur in Griechenland liegen sie innerhalb der EU höher. Erlaubt sind nach EU-Regeln 60 Prozent. Um ihre Wahlversprechen zu finanzieren, etwa Ausgaben zu erhöhen und Steuern zu senken, will die Regierung die Defizitgrenze ausreizen.

Federica Matteoni ist Redakteurin der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung „Jungle World“, mit der die woxx seit vielen Jahren kooperiert.

